

Opel und die verdeckten Intrigen imperialer Politik

Ein Blick hinter die Kulissen zeigt: EU und US-Kapital spielen sich gegenseitig den Ball zu.

Von Marie Ringel

Die EU-Kommission verbietet der deutschen Politik politische Erwägungen bei der Opel-Rettung. Dabei handelt doch die Deutsche Regierung im Auftrag des Souveräns – des Volkes! Bei Regierungsantritt müssen doch alle Minister und die Kanzlerin schwören, das Wohl des Volkes zu mehren. Und wie verhält es sich mit den politischen Interessen der Regierungen; in Washington, England, Spanien, Belgien, Rußland und China?

Alle von der Opel-Entscheidung betroffenen Staaten sind bis über die Halskrause verschuldet und leiden chronisch an Leistungsbilanzdefiziten. Sie intervenieren offen oder verdeckt! Den USA würden die Steuern aus Jahresgewinnen von rund 1 Mrd. Euro entgehen. In Rußland erhofft man neue Gewinn- und Steuerquellen, die erhoffte man auch in China. Die anderen sehen Arbeitsplätze bedroht, deren Wegfall zu Einkommens- und Steuerausfällen führen. Wenn diese Länder ihre politischen Interessen anmelden und die EU-Kommission vielleicht sogar aufhetzen, den von der Deutschen Regierung befürworteten Teilverkauf an Magna zu verbieten, so wird das in der veröffentlichten Meinung in Deutschland als ganz normal angesehen. **Das ist unnormal!**

Die US-Regierung und das von ihr gestellte GM-Management, denn die Regierung ist Mehrheitseigentümer von GM, hätten den Verkauf des mehrheitlichen Opeleigentums (55 Prozent) gerne verhindert. Insbesondere den Verkauf an das kanadisch-russische Konsortium aus Magna und Sberbank¹. Für diesen Zweck hatte man auch schon die „trojanischen Pferde“ in der „Deutschen Treuhand“ installiert. Dieses Gremium war von der Deutschen Regierung gegründet worden, um den Opel-Verkauf abzuwickeln.

Doch die US-Planung mußte zurückgehalten werden, denn Deutschland war im Wahlkampf und beide Regierungsparteien buhlten um die Stimmen der Deutschen. Beide überboten sich bei den Versprechungen, die Opel-Arbeitsplätze zu erhalten, und ein Verkauf an Magna schien dies noch am ehesten gewährleisten zu können. Deshalb hieß es für die US-Regierung, Ruhe zu bewahren und Fingerspitzengefühl zu entwickeln: Der große Eklat, den die vom US-Kapital und der US-Regierung bevorzugte Lösung des Verbleibes von Opel bei GM bedeutet hätte, mußte vermieden werden. Das ohnehin lädierte Ansehen der USA hätte in Deutschland großen Schaden erlitten.

Doch jetzt, nach der Wahl, kann man die Hunde von der Leine lassen: Dirk Pfeil, FDP-Funktionär aus Frankfurt, der von der alten Bundesregierung in die Treuhand berufen worden war, und der, als es darauf ankam, offen Farbe bekannt und gegen den Verkauf an Magna und damit gegen die Deutsche Regierung gestimmt hatte, sieht nun seine Stunde gekommen. Und man hat ihm offensichtlich grünes Licht gegeben!

Schauen wir uns die wesentlichen Schritte des strategischen Vorgehens an: Die EU-Kommission verbietet der Deutschen Regierung, bei der Entscheidung über die Zukunft von Opel politische Rücksichten zu nehmen, sprich die Erhaltung von Arbeitsplätzen in Deutschland zu berücksichtigen! Damit macht sie sich zum Erfüllungsgehilfen der Interessen des US-Kapitals und der US-Regierung. Die von der EU-Kommission

¹ Der chinesische Interessent BAIC, der das beste finanzielle Angebot gemacht hatte, hatte keinerlei Chance, aus politischen Gründen, wofür die Medien und die Wirtschaftsexperten volles Verständnis aufbrachten.

geforderten „objektiven betriebswirtschaftlichen Entscheidungskriterien“, die die Deutsche Regierung beweisen müsse, entpuppen sich bei genauerem Hinsehen² als vordergründige Pseudoargumente, die etwas vortäuschen, was es gar nicht geben kann. Jetzt kann das US-Kapital den von der EU zugespielten Ball aufnehmen und sagen, sie könne die von der EU-Kommission geforderte Erklärung, von der Deutschen Regierung nicht unter politischen Druck gesetzt worden zu sein, nicht erbringen. Somit wäre der EU die Rechtfertigung geliefert, den geplanten Verkauf an Magna untersagen!

Jetzt ist die Stunde des „Trojaners“ Dirk Pfeil von der hessischen FDP gekommen, der ja mit der Behauptung an die Öffentlichkeit gegangen ist, er sei von der Regierung unter Druck gesetzt worden, habe aber trotzdem gegen den von der Regierung gewünschten Verkauf an Magna gestimmt. Er sagt das auch noch ganz offen, daß man in der neu zusammengesetzten Bundesregierung deshalb über die bisherigen Entscheidungen nachdenken müsse. Ihm schwebt vor, daß Opel vollständig im Konzernverbund von General Motors verbleiben solle.³

Welche Sachargumente hat er denn für den von ihm gewünschten Verbleib von Opel? Er sagt: „Wenn Opel nicht mehrheitlich an Magna verkauft würde, könnte dies den Steuerzahler entlasten, denn Magna verlangt einen staatlichen Kredit in Höhe von 4,5 Mrd. Euro, während GM nur einen staatlichen Kredit von 3 Mrd. Euro benötigen würde.“⁴ Und er findet den Beifall der Medien und die Zustimmung des normalen Konsumbürgers, dessen Interessen Dirk Pfeil zu wahren vorgibt!

Über seine dümmliche Argumentation, er wird von der Frankfurter Allgemeinen Zeitung⁵ als Wirtschaftsfachmann bezeichnet, kann man nur staunen: Der Deutsche Staat bzw. der **Steuerzahler wird ja nicht** mit 4,5 bzw. 3 Mrd. Euro zur Kasse gebeten, **er bürgt doch nur für einen** Kredit in dieser Höhe, für den Magna einen Zinssatz von **10,5 Prozent** an den Kreditgeber, also den Deutschen Staat, zu zahlen hat. Herr Pfeil ist von Beruf Insolvenzverwalter. Er möge sich doch einmal umschaun, wo er heutzutage, in einer Zeit niedrigster Zinsen, eine höhere Verzinsung für eine Geldausleiher bekommen könnte

Das Gerangel um Opel läßt tiefe Einblicke zu. Die politische Dimension des Schacherns liegt auf der Hand: Die interessierten Investoren aus der Szene des großen internationalen Kapitals erhoffen sich sehr viel von dem Besitz des „Huhns, das „goldene Eier“ zu legen verspricht. Sie setzen alle Hebel in Bewegung, um sich das Schnäppchen zu sichern. US-Regierung, US-Kapital und die EU spielen eifrig mit und wollen der Deutschen Regierung verwehren, die Interessen der Deutschen – und sei es nur der Arbeitnehmer bei Opel – wahrzunehmen.

Deutsche! Merkt Ihr denn wirklich nicht, was da gespielt wird?

© www.hpatzak.de 28.10.2009

² Vgl. Hermann Patzak, „Der Opel-Tragödie“ vorläufig letzter Akt, Teil 5“ in www.hpatzak.de

³ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28.10.2009 Seite 1.

⁴ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28.10.2009 Seite 11.

⁵ Diese Zeitung macht sich die Argumentation sogar selbst zu eigen, wenn sie schreibt, daß der neuen Regierung an einer Lösung gelegen sein dürfte, die den Steuerzahler weniger kostet. (Ebenda, Seite 11).